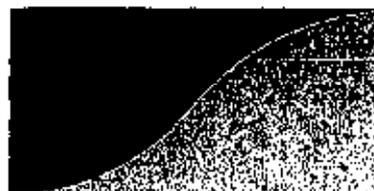


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 6 65 846 ppbn d



Inhalt

Dr. Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, fordert die Bundesregierung auf, die Blockade gegen Managua zu beenden: Sozialdemokraten solidarisch mit Nicaragua.
Seite 1

Karl Heinz Hiersemann MdL, Stellvertretender Landes- und Fraktionsvorsitzender der bayerischen SPD, würdigt die Verleihung des Geschwister Scholl-Preises an Anja Rosmos-Menninger: Auszeichnung für ein mutiges Mädchen.
Seite 3

Hans Peters MdEP, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament, verurteilt Pläne, für europäische Arbeitnehmer ein Zweiklassenrecht beim Kindergeld einzuführen: Kohl schießt auf rechte Wähler.
Seite 4

Dokumentation

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Dr. Hans-Jochen Vogel, hielt am 9. November vor dem Auswärtigen Ausschuß des Sejm in Warschau eine Rede zu den deutsch-polnischen Beziehungen.
Seite 5

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 1

39. Jahrgang / 224

20. November 1984

Blockade gegen Managua beenden

Sozialdemokraten stehen solidarisch an der Seite von Nicaragua

Von Dr. Uwe Holtz MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Wie groß die tatsächliche Gefahr einer direkten militärischen US-Invasion in Nicaragua im Moment ist, läßt sich heute mit Sicherheit nicht sagen. Tatsache ist aber: die sprunghaft gewachsenen Spannungen in der Region allein in den letzten Tagen sind maßgeblich von der Reagan-Administration zu verantworten. Sollte die nicaraguanische Vorbereitung auf eine Invasion durch US-Truppen auch überzogen sein - erhöhte Alarmbereitschaft, ständige Militärübungen der Milizen, Abzug von Arbeitskräften von der Kaffee-Ernte -, so tut Washington jedenfalls nichts, um Managua zu beruhigen.

Warum schicken die USA in dieser brisanten Lage noch Fallschirmjäger nach Honduras? Warum finden gerade jetzt NATO-Übungen in der Karibik statt? Warum mißachten amerikanische Militärflugzeuge in einer unerträglich provokativen Art die nicaraguanische Lufthoheit? Warum läßt Präsident Reagan zu, daß sogar Mitglieder seiner eigenen Regierung Gewaltmaßnahmen gegen Nicaragua nicht ausschließen? Warum gibt es Geheimstudien, die bereits die Kosten an Menschenleben, Kriegsgerät und Finanzmitteln einer direkten Invasion aufgerechnet haben?

All das klingt nach zielstrebigem Vorbereitung. Das ist imperiales Großmachtgebaren, Einschüchterung, bewußt herbeigeführter Psychoterror, der deshalb so gefährlich ist, weil er diejenigen, die ihm ausgesetzt sind, zu unbedachten Handlungen hinreißen kann.



Die andauernde militärische Intervention von außen so wie die drohende Lähmung der Wirtschaft durch Sabotage im Innern und die zunehmende Verweigerung internationaler Hilfe (so auch von seiten der Bundesrepublik) sollen die sandinistische Regierung, die durch die Wahlen vom 4. November 1984 an Legitimation gewonnen hat, immer stärker unter Druck setzen. Sie könnte am Ende vor der verzweifelten Alternative stehen: Entweder vor der bewaffneten Konterrevolution zu kapitulieren oder aber die bisher trotz aller Schwierigkeiten bewahrten Elemente von Demokratie und gesellschaftlichem Pluralismus aufzugeben und damit nachträglich das propagandistische Zerrbild vom "totalitären kommunistischen" Nicaragua zu rechtfertigen.

Es wäre katastrophal, wenn die Pflanze Demokratie in Nicaragua von amerikanischen Militärstiefeln zertreten würde - katastrophal für die Menschen in Nicaragua, für die Region, aber auch in seinen Auswirkungen für West-Europa. Die Fortführung oder gar die Verschärfung der bisherigen Mittelamerika-Politik der USA würde in der Konsequenz die moralischen und politischen Grundlagen des westlichen Bündnisses belasten. Dies müssen unsere amerikanischen Freunde, dies muß aber auch die Bundesregierung wissen.

Die Bundesregierung hat sich immer noch nicht eindeutig von der ungeheuerlichen und gefährlichen "Warnke"-Doktrin distanziert: Der CSU-Entwicklungshilfeminister Warnke hatte im Januar 1984 im Bayer-Kurier geschrieben: "Heute kann am Beispiel von Grenada gelernt werden, daß man nicht ungestraft seine Souveränität mißbrauchen darf." Wer gewalttätige Interventionen nicht mißbilligt, handelt dem Ziel zuwider, weltweit Frieden zu wollen und das Prinzip des Gewaltverzichts zu vertreten.

Wir Sozialdemokraten erwarten von der Bundesregierung, daß sie bei den USA auf die sofortige Einstellung aller verdeckten und offenen militärischen Einmischungen hinwirkt. Niemand kann eine Ausweitung des bewaffneten Kampfes verantworten. Darum muß jegliche Einmischung von außen eingestellt werden.

Wir fordern einmal mehr die Bundesregierung auf, ihre entwicklungspolitische Blockade gegenüber Nicaragua zu beenden und endlich die Gleichbehandlung, wie im Außenminister-Dokument von San José vorgesehen, gelten zu lassen. (-/20.11.1984/ks/rs)

+ + +



Geschwister Scholl-Preis für ein mutiges Mädchen

Anja Rosmos-Wenninger arbeitete die Vergangenheit ihrer nächsten Umgebung auf

Von Karl Heinz Hiersemann MdL

Stellvertretender Landes- und Fraktionsvorsitzender der bayerischen SPD

In bayerischen Schulbüchern wird sie nebenbei abgehandelt und im Geschichtsunterricht fällt sie, wenn sie überhaupt behandelt wird, der Schulunlust vor Beginn der Sommerferien zum Opfer - die Zeit von 1933 bis 1945. Anstatt dieses dunkle Kapitel deutscher Geschichte aufzuarbeiten, wird es versteckt, ausgeklammert, nicht mehr zur Kenntnis genommen. Darin liegt die Wurzel für eine unglaubliche Unkenntnis der Nachkriegsgenerationen über die jüngste Geschichte, aber wohl auch eine zunehmende Bereitschaft junger Leute, mit dem Gedanken eines neuen Faschismus zu spielen, auf dessen Gefahren und schlimmste Auswirkungen sie nie hingewiesen wurden.

Deshalb ist es erfreulich und begrüßenswert, daß Bayerischer Jugendring, Kultusministerium und Verfolgtenverbände die Jugendlichen seit Ende der siebziger Jahre auffordern, sich in ihrer Heimatstadt mit dieser jüngsten Geschichte auseinanderzusetzen. Viele Jugendliche bekommen von Augen- und Ohrenzeugen ein neues Bild jener Zeit entwickelt, doch für sie ist ebenso aufschlußreich, wenn sie mit ihrem Wunsch nach Auskunft plötzlich Barrieren und Schranken, auf taube Ohren und verschlossene Mäuler stoßen.

Eine der -zigtausenden Jugendlichen im Freistaat, die in den letzten Jahren die Begegnung mit der Geschichte suchten, ist Anja Rosmos-Wenninger, die sich 1980 an einem Aufsatzwettbewerb beteiligte. Als sie auf Abwehr in ihrer Heimatstadt Passau stieß, war sie - Tochter eines CSU-Mitgliedes und Diözesanratsvorsitzenden - nicht bereit, die Vergangenheit ruhen zu lassen. Von Stadt, Landratsamt und katholischem Kirchenarchiv nicht an die Dokumente jener Zeit gelassen, durch Taktieren hingehalten oder einfach stur ausgesperrt, verschaffte sie sich Informationen bis aus dem "Document Centre" in Berlin. Vor Gericht erstritt sie sich den Zugang zu den städtischen Archiven, mußte ihrerseits vor Gericht, um eine Beleidigungsklage abzuwehren. Sie nahm in Kauf, daß sie und ihre Familie von Freunden und Bekannten geschnitten wird, denen nicht klar ist, daß Vergangenheit nicht ruhen darf, sondern aufgearbeitet werden muß.

Anja Rosmos-Wenninger hat persönlichen Mut und demokratische Haltung in einer fast unglaublichen Größe bewiesen, als sie bereit war, die Vergangenheit ihrer nächsten Umgebung aufzuarbeiten. Sie ist würdige Trägerin des Geschwister Scholl-Preises, den ihr die Landeshauptstadt München und der Verband der Bayerischen Verlage und Buchhandlungen in Erinnerung an den Widerstand der Geschwister Scholl gegen das Dritte Reich am gestrigen Montagabend überreicht haben. (-/20.11.1984/ks/rs)

+ + +



Kohl schießt auf rechte Wähler

Gegen ein Zweiklassen-Kindergeld für europäische Arbeitnehmer

Von Hans Peters MdEP

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament

Wird es nach dem Beitritt von Spanien und Portugal zwei Klassen von Arbeitnehmern in der Europäischen Gemeinschaft geben? Das steht zu befürchten, wenn sich der Rat der Außenminister bei den Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal, die am Dienstag in Brüssel fortgeführt werden, durchsetzt.

Auf ihrer jüngsten Sitzung kamen die zehn Außenminister - auf Betreiben der Bundesregierung - überein, für eine Übergangszeit von sieben Jahren nach dem Beitritt von Spanien und Portugal die Höhe des Kindergeldes von Wanderarbeitnehmern aus der EG mit unterschiedlichen Eilen zu messen. Diese Eilen heißen "Wohnlandprinzip" und "Arbeitslandprinzip".

Bisher galt für Wanderarbeitnehmer aus der EG das Arbeitslandprinzip - außer in Frankreich. Praktisch bedeutet dies, daß sich die Höhe des Kindergeldes für Arbeitnehmer aus einem Mitgliedsland der EG, die in einem anderen Land der Gemeinschaft arbeiten, nach den Bestimmungen des Arbeitslandes richtet - ungeachtet dessen, ob ihre Kinder bei ihnen oder noch in ihrem Heimatland leben.

Das soll nun für Spanier und Portugiesen anders werden, indem man bei ihnen nach dem Wohnlandprinzip verfahren will: Auch in den anderen EG-Ländern sollen Wanderarbeitnehmer aus Spanien und Portugal also künftig nur das Kindergeld erhalten, das in ihrem Heimatland bezahlt wird. Konkret sieht das dann so aus, daß ein Italiener, der in der Bundesrepublik Deutschland arbeitet mehr Kindergeld für seine in der Heimat lebenden Kinder erhält als sein spanischer oder portugiesischer Kollege. Es werden unterschiedliche Klassen zwischen Arbeitnehmern je nach Nationalität eingerichtet.

Speerführer dieser Angriffe auf eine einheitliche EG-Sozialpolitik ist wieder einmal die deutsche Bundesregierung. Diesen Politikern, die den Wohlhabenden Geldgeschenke ohne Ende zuwenden, wollen am Kindergeld von Gastarbeitern gerade aus jenen Ländern sparen, wo diese Zahlungen wirklich Hilfe zur Selbsthilfe sein würden.

Kanzler Kohl, der nicht müde wird, die Bürger der Bundesrepublik mit seinem Familienbegriff zu traktieren, erweist sich gegenüber den Portugiesen und Spaniern als der häßliche Deutsche, der den Familien nicht geben will, was den Familien aus der Arbeit ihrer Ernährer in Deutschland zusteht. Er schießt auf rechte Wählerstimmen und achtet die Opfer derjenigen, die ohne ihre Familien in der Fremde leben müssen, gering. Er ist geradezu blind vor den Konsequenzen, die da lauten: Nachzug der ganzen Familie in die Bundesrepublik Deutschland bedeutet volle Zahlung des Kindergeldes und einiges Mehr wie höhere Schulkosten und Sozialaufwendungen.

Diese Absicht stellt einen eklatanten Bruch mit den Vorschriften dar, die sich aus den EG-Verträgen zur arbeits- und sozialrechtlichen Gleichstellung von Wanderarbeitnehmern aus der EG ergeben. Deshalb haben SPD-Abgeordnete gemeinsam mit anderen Kollegen aus der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament einen Entschließungsantrag eingebracht. Darin heißt es unter anderem, daß dieser Vorschlag nicht nur zu Einkommensverlusten der betroffenen Arbeitnehmer führt, sondern auch zur Diskriminierung von Arbeitnehmern innerhalb der EG und damit einen Rückschritt für den Integrations- und Harmonisierungsprozeß auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit in der Gemeinschaft darstellt.
(-/20.11.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Die deutsch-polnische Aussöhnung wie den eigenen Augapfel hüten

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Hans-Jochen Vogel, hielt vor dem Auswärtigen Ausschuß des Sejm in Warschau am 9. November die folgende Rede.

"Wir sind uns wohl bewußt, daß Sie, Herr Wojna, in Ihren verschiedenen Funktionen zu dem Prozeß der polnisch-deutschen Aussöhnung und Verständigung einen erheblichen Beitrag geleistet haben, und darum erfüllt es mich mit Freude und Genugtuung, daß diese Veranstaltung gerade unter Ihrem Vorsitz stattfindet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe nicht die Absicht, einen ausgearbeiteten Vortrag zu verlesen. Ich habe viel mehr die Absicht, zum Thema einige Bemerkungen zu machen, und würde mich freuen, wenn es dann zu einer lebhaften Aussprache kommt.

Die Geschichte der Beziehungen unserer beiden Völker im Laufe der Jahrhunderte war wechselvoll, Perioden enger Zusammenarbeit und freundschaftlichen Miteinanders haben abgewechselt mit Perioden, in denen Konflikte ausgetragen wurden und die Konfrontation die Kooperation überwog. Dies gilt für die Jahrhunderte bis hinein in das 20. Jahrhundert. Dann haben wir eine Phase durchlebt, die gekennzeichnet war durch den Überfall auf Ihr Land, durch Jahre der Unterdrückung und Verfolgung, die Ihrem Volk blutige Opfer abverlangt haben.

Der Krieg, der damals im September 1939 von meinem Land seinen Ausgang nahm und der Ihnen diese Opfer zugemutet hat, ist gegen Ende in unser eigenes Land zurückgekehrt und hat für viele Menschen meines Volkes ebenfalls Not und schwere Schicksale zur Folge gehabt.

In den 60er Jahren, nach einigen Vorläufern bereits in den 50er Jahren, in den 60er Jahren mehrten sich die Stimmen in beiden Ländern, die dafür eintraten, daß aus den Lehren der Geschichte, insbesondere aber aus den Ereignissen der Jahre nach 1939, nun Konsequenzen gezogen werden, die eine hoffnungsvolle Perspektive für die Zukunft eröffnen. Ich erinnere aus unserem Bereich und Land an die ersten Ansätze der Ost-Politik, die mit den Namen Willy Brandt und Egon Bahr verbunden sind. Ich erinnere an meinen Vorgänger im Amt des Fraktionsvorsitzenden, an Herbert Wehner, der schon in sehr früher Zeit der Fürsprecher der polnisch-deutschen Aussöhnung gewesen ist. Ich erinnere an die Beiträge, die auf beiden Seiten die Kirchen geleistet haben. Wir haben jetzt bald den 20. Jahrestag der sogenannten "Ostdenkschrift" der evangelischen Kirche, aber ich beziehe mich auch auf Anstrengungen und Aktivitäten aus dem Bereich der katholischen Kirche.

Ich erinnere daran, daß dieser frühe Prozeß in Ihrem Lande zunehmend Aufmerksamkeit und Gehör gefunden hat, ich erinnere mich dankbar an die Pioniere dieses Versöhnungs- und Entwicklungsprozesses in Ihrem Lande. Diese Phase hat schließlich eingemündet in den Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970. Damit ist eine Entwicklung in ein neues Stadium getreten, die ich, wenn ich meine Lebenszeit überschaue, zu den historischen Vorgängen zähle, die über das Jahrhundert hinaus Bedeutung behalten werden.

Die 50er Jahre und der Anfang der 60er Jahre waren gekennzeichnet durch die Aussöhnung meines Volkes mit unserem engsten westlichen Nachbarn, mit den Franzosen. Nach Jahrhunderten, die unter dem schlimmen Begriff der Erbfeindschaft standen, haben wir heute ein Verhältnis der Freundschaft zwischen den Völkern Frankreichs und unserem Volk, nicht allein gute Beziehungen zwischen den jeweiligen Regierungen und ihren jeweiligen Repräsentanten, sondern ein tiefes Gefühl der Verbundenheit zwischen den Völkern. Und diesem setze ich in der historischen Bedeutung den Prozeß der Aussöhnung mit Polen an die Seite, einen Prozeß, der in meinen Augen deswegen so tiefe Bedeutung besitzt, weil



er einen Abschnitt der Geschichte zu überbrücken hatte, der noch tiefere Wunden geschlagen hat.

Der Vertrag selbst enthält zwei Hauptelemente, wie wir alle wissen, das eine Element ist die Bekräftigung und vertragliche Besiegelung der Unverletzlichkeit der Grenzen und der Achtung der territorialen Integrität und die Anwendung dieses Grundsatzes im Artikel 1 auf die dort beschriebene Westgrenze der Volksrepublik Polen, verbunden mit der Erklärung, daß gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche bestehen und solche auch nicht in Zukunft erhoben werden.

Das zweite Element, sind Weiterentwicklung der Beziehungen, weitere Schritte zur vollen Normalisierung und umfassenden Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen.

Wir haben auf diesem Weg in den 70er Jahren nicht unbeträchtliche Fortschritte gemacht, eine Vielzahl von Beziehungen und Kontakten sind entstanden, bis hin zu Städtepartnerschaften, wir haben auf der Regierungsebene, auf Parteebene, auf anderen Ebenen, auch im kirchlichen Bereich ein dichtes Netz von Gesprächen und von Kooperation entwickeln können. Auch die wirtschaftlichen Beziehungen haben sich in den 70er Jahren günstig angelassen.

Ich glaube, daß dieser Vertrag auch eine weitere wichtige Verständigung ermöglicht hat, nämlich Verhandlungen, die zur Schlußakte von Helsinki geführt haben. Das eine wäre ohne das andere nicht möglich geworden. Mir ist nicht verborgen, daß die Fortentwicklung der polnisch-deutschen Beziehungen zu Beginn der 80er Jahre und in den Jahren dieses Jahrzehntes, die bereits vergangen sind, verlangsamt worden ist. Diese Verlangsamung ist eingetreten einmal durch die Ereignisse in Ihrem Land; die Ereignisse des Jahres 1981 insbesondere die Verhängung des Kriegsrechts, haben diesen Prozeß verlangsamt.

Wir sehen, daß diese Ursachen der Verlangsamung in der letzten Zeit abgebaut worden sind, daß es Ihrem Volk gelungen ist, im Zusammenwirken verantwortungsbewußter Kräfte in dem Bemühen zu einem nationalen Konsens auf der Grundlage von Reformen, große Fortschritte zu erzielen. Ich denke dabei insbesondere an die Amnestie, aber auch an eine Reihe weiterer Schritte.

Der Mord, der vor wenigen Tagen verübt worden ist, und uns alle mit Entsetzen erfüllt hat, ist offenbar von seinen Tätern gedacht als ein Schlag gegen diese Entwicklung und wir wissen, daß dies für Ihr Volk und für alle, die hier Verantwortung tragen, eine Belastung, eine Prüfung bedeutet. Wir sind beeindruckt von der Entschiedenheit, mit der die staatlichen Organe in der Verfolgung dieses Verbrechens tätig geworden sind, wir sind auch beeindruckt von der Breite der Information, die über dieses Ereignis Ihrem Volk gegeben worden ist. Wir wünschen, und soweit das überhaupt in den Kräften einer Delegation wie der meinen steht, möchten wir auch dazu beitragen, daß dieser Rückschlag, daß diese Herausforderung gut überwunden und der so erfreulich in Gang gekommene Prozeß fortgesetzt werden kann.

Ich sprach von einer Verlangsamung, von einer gewissen Stagnation des Prozesses. Ich füge hinzu, daß ich wohl verstehe, daß auch gewisse Äußerungen in der letzten Zeit in der Bundesrepublik nicht dazu angetan waren, diesen Prozeß zu fördern und wieder zu beschleunigen. Ich habe zu Hause kritisiert, was einzelne Sprecher der größten Regierungsfraktion zur Frage der Grenze gesagt haben, ich habe kritisiert, was einzelne Sprecher in einer zumindest mißverständlichen Weise zur Frage einer Volksgruppe oder einer Minderheitengruppe gesagt haben, und deswegen ist es nur konsequent und naheliegend, daß ich diese Haltung, die wir diesen Äußerungen gegenüber eingenommen haben, auch hier zum Ausdruck bringe und wiederhole. Wir bedauern, daß durch solche Äußerungen Eindrücke auf Ihrer Seite entstehen und Besorgnisse, für die ich Verständnis habe.



Ich muß allerdings darum bitten, daß Sie bei der Beurteilung solcher Äußerungen eine Einschätzung vornehmen, die nicht verallgemeinert. Ich bin hier nicht der Advokat und Fürsprecher der größeren Regierungsfraktion - die ist selbst in der Lage, sich zu äußern - aber ich bin der Advokat der polnisch-deutschen Verständigung, und in dieser Eigenschaft lenke ich Ihre Aufmerksamkeit darauf, daß Äußerungen Einzelner auch für die große Regierungsfraktion; für die Union, nicht repräsentativ sind. Ich erinnere hierbei insbesondere an das, was der Bundespräsident, Richard von Weizsäcker, vor wenigen Wochen am 15. Oktober 1984 anlässlich des Besuchs des rumänischen Staatspräsidenten in seiner Tischrede gesagt hat und darf den Kernsatz hier verlesen. Er hat gesagt: 'Die Bundesrepublik Deutschland achtet die territoriale Integrität aller Staaten in Europa, in ihren heutigen Grenzen, sie betrachtet die Grenzen aller Staaten als unverletzlich, sie hat keine Gebietsansprüche gegen andere Staaten, sie wird solche auch in Zukunft nicht erheben. Ohne Vorbehalt steht sie zu den Verträgen, die zu Beginn der 70er Jahre mit den Staaten des Warschauer Paktes abgeschlossen wurden.' Und der aus den Reihen der Union hervorgegangene Bundespräsident steht mit dieser klaren, breit begrüßten Aussage nicht allein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich würde mir wünschen, daß wir nach der Periode der Stagnation jetzt wieder eintreten in eine Phase, in der die begonnene Entwicklung neue Impulse erhält. Ich würde es besonders begrüßen, wenn die Erfahrungen, die Polen in diesem Prozeß einbringt, die auch die letzten Jahre umfassen, dabei eine Rolle spielen, und ich sage Ihnen zu, daß wir unser politisches Gewicht in der Bundesrepublik immer wieder in diesem Sinne in die Waagschale werfen.

Herbert Wehner, in dessen Tradition auch der heutige Besuch stattfindet, hat einmal gesagt, er wolle die Ostpolitik im Ganzen und die deutsch-polnische Aussöhnung im Besonderen wie seinen Augapfel hüten. Das ist ein sehr anschauliches Wort und ich wüßte keine bessere Formulierung, um zu sagen, was auch uns motiviert und was wir als Leitlinie für unsere politische Anstrengung sehen, nicht nur, wenn wir Ihnen bei einem Besuch gegenüber sitzen, sondern auch dann, wenn wir zu Hause unserer täglichen Arbeit nachgehen."

(-/20.11.1984/ks/rs)

+ + +

